

Niederschrift
über die 28. Sitzung des Ausschusses für Inklusion und die 33. Sitzung des
Beirates für Inklusion und Menschenrechte in 24. gemeinsamer Sitzung
am 24.09.2020 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Hurnik, Ivo
Isenmann, Walburga
Natus-Can M.A., Astrid
Norkowsky, Arnold
Rohde, Klaus
Mucha, Constanze
Solf, Michael-Ezzo
Wöber-Servaes, Sylvia
Wörmann, Josef

für Rubin, Dirk
für Schittges, Winfried

Vorsitzender

SPD

Kaske, Axel
Lüngen, Ilse
Recki, Gerda
Nottebohm, Doris
Schmerbach, Cornelia
Schulz, Margret,
Servos, Gertrud

für Daun, Dorothee
für Meiß, Ruth
für Schmidt-Zadel, Regina

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Kresse, Martin

für Zsack-Möllmann, Martina

FDP

Boos, Regina

Die Linke.

Jacob, Tobias
Rensmann, Rainer Heinz

FREIE WÄHLER

Hagenbruch, Detlef
für Rehse, Henning

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Servos, Gertrud
Schmitt-Promny, Karin
Boos, Regina
Rensmann, Rainer Heinz
Hagenbruch, Detlef

Landesbehindertenrat NRW

Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Schubert, Wiebke
Seipelt-Holtmann, Claudia

Psychiatrie-Erfahrene

Lindheimer, Martin

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
Lewandrowski, Dirk
Prof. Dr. Faber, Angela
Entschädigung
Dr. Lietz, Melanie
Dr. Weber, Peter
Woltmann, Bernd
Mosbach, Susanne

LVR-Direktorin
LVR-Dezernent Soziales
LVR Dezernentin Schulen, Inklusionsamt, Soziale

LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum
Stabsstellenleitung 00.300
Stabsstelle 00.300

Gast:

Middendorf, Claudia

Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit
Behinderungen und Patient*innen NRW
(nach der Geschäftsordnung des Beirates als Gast in
öffentlicher Sitzung mit Rederecht)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 23. gemeinsame Sitzung vom 04.06.2020
3. Soziales
- 3.1. Zentrale Ergebnisse des BAGÜS-Kennzahlenvergleichs 2018 **14/4134 K**
- 3.2. Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: Regionalisierter Datenbericht 2018 **14/4135 K**
- 3.3. Qualitätsprüfungen und Gewaltschutz in WfbM: aktueller Sachstand **14/4127 K**
- 3.4. Übergang von der WfbM in den Ruhestand: Unterstützungsbedarfe und Teilhabewünsche aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen **14/4046 K**
- 3.5. Bericht über den Sachstand zur Umsetzung der Teilhabe am Arbeitsleben / Andere Leistungsanbieter (§ 60 SGB IX) **14/4195 K**
- 3.6. Kooperation im "Teilhabehaus Bonn" unter Mitwirkung des LVR als Träger der Eingliederungshilfe **14/4017 K**
- 3.7. Konzept zur Ausgestaltung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Pflegefamilien **14/4018 K**
- 3.8. Fortführung der „Peer-Beratung bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2021 **14/4183 K**
- 3.9. Neufassung der Satzung zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR **14/4176 E**
- 3.10. Neufassung der Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR **14/4305 E**
4. Schule und Inklusion
- 4.1. Umsetzung der systemorientierten Unterstützung schulischer Inklusion (SUSI) **14/4149 K**
- 4.2. Bericht über die Verwendung der LVR-Inklusionspauschale **14/4196 K**
5. Beschluss einer Empfehlung zum Thema "Inklusionspädagogische Konzeption" **14/4285 K**
6. Inklusion und Menschenrechte

- | | | |
|------|---|-------------------------------------|
| 6.1. | LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:
Beschluss Jahresbericht 2019 | 14/4086 B |
| 6.2. | Vielfalt und Gerechtigkeit: Weiterentwicklung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit im LVR | 14/4314 K |
| 6.3. | Kenntnisnahme der Ergebnisse der Studie "Medikamentenvergabe und Medikamentenerprobung an Kindern und Jugendlichen" | 14/4151 K |
| 7. | Tag der Begegnung 2021 - Veränderungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie | 14/4349 E |
| 8. | Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-Landesmuseum Bonn
Hier: Durchführungsbeschluss | 14/4174 E |
| 9. | Anfragen und Anträge | |
| 9.1. | Bericht über die Verwendung der LVR-Inklusionspauschale | Antrag
14/351 CDU, SPD E |
| 10. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 11. | Beschlusskontrolle | |
| 12. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 13. | Auswahl der Preisträger*innen für den Rheinlandtaler in der Kategorie "Gesellschaft" im Jahr 2021 | 14/4148 B |
| 14. | Anfragen und Anträge | |
| 15. | Beschlusskontrolle | |
| 16. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 17. | Verschiedenes | |

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	12:15 Uhr
Ende der Sitzung:	12:35 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen anerkannt:

Der Antrag zu TOP 9.1 wird in Verbindung mit TOP 4.2 beraten und abgestimmt.

TOP 9 wird im Übrigen die Themen der Dezernate Soziales sowie Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung betreffend vorzeitig bei Anwesenheit der Dezernentin zum Abschluss des TOP 4 und des Dezernenten zum Abschluss des TOP 3 aufgerufen, um die Gesamtzahl der anwesenden Personen im Saal so gering wie möglich zu halten.

Punkt 2

Niederschrift über die 23. gemeinsame Sitzung vom 04.06.2020

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Soziales

Punkt 3.1

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Kennzahlenvergleichs 2018 Vorlage Nr. 14/4134

Herr **Lewandrowski** bestätigt, dass der Leistungsträger bei den Hilfen zum Wohnen keine Angebotssteuerung in Richtung kostengünstigeren Wohnraums im ländlichen Raum betreibt.

Der **Vorsitzende** verweist auf die kommunale Zuständigkeit für die Grundsicherung und regt an, dass das Land im Rahmen der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus Anreize bzw. Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen am Wohnungsmarkt setzen könne.

Auf Nachfrage erläutert Herr **Woltmann**, dass die Zusatztexte in leichter Sprache für alle Vorlagen, die den Ausschuss für Inklusion bzw. seinen Beirat erreichen, keine inhaltlichen Zusammenfassungen sind, sondern als „Textrampe“ eine Idee vermitteln wollen, um welches Thema es in der Vorlage geht. Als angemessene Vorkehrung im Einzelfall steht bei weiterem Interesse Menschen mit Lese- bzw. Lernschwierigkeiten eine Telefonnummer zur Verfügung. Davon wurde in den letzten Jahren genau einmal Gebrauch gemacht.

Die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2018 (Kennzahlenvergleich 2018) werden gemäß Vorlage Nr. 14/4134 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: Regionalisierter Datenbericht 2018 Vorlage Nr. 14/4135

Keine Wortbeiträge.

Der regionalisierte Datenbericht 2018 zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 14/4135 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.3

Qualitätsprüfungen und Gewaltschutz in WfbM: aktueller Sachstand Vorlage Nr. 14/4127

Herr **Lewandrowski** führt mit Hinweisen zur Rückkehr der Werkstätten zum Normalbetrieb in Corona-Zeiten ein. Frau **Middendorf** berichtet über die Bedeutung dieses Angebotes auch für schwerst-mehrfachbehinderte Menschen ("NRW-Weg") und erklärt, dass eine Beteiligung des Landes an den pandemie-bedingten Mehrkosten in Arbeit sei.

Frau **Herlitzius**, Frau **Schmitt-Promny**, Frau **Seipelt-Holtmann**, Frau **Schubert**, Frau **Grimbach-Schmalfuß**, Frau **Boos** und Herr **Jacob** betonen zum Teil an Fallbeispielen die Bedeutung eines wirksamen Gewaltschutzes für Menschen mit Behinderungen nicht nur in Werkstätten. Es seien transparente und gut abgestimmte, möglichst trägerübergreifende Konzepte erforderlich.

Herr **Lewandrowski** verweist abschließend insbesondere auf die erweiterten Prüfrechte und -pflichten des Leistungsträgers aus dem BTHG und dem AG BTHG NRW, die zum Schutz der Beschäftigten genutzt würden. Ein entsprechendes Team sei im Dezernat Soziales hierzu im Aufbau. In den anonymisiert vorgetragenen Einzelfällen werde er gern tätig, wenn ihm vertrauensvoll im Nachgang zur der Sitzung weitere Information zu den besagten Personen zugetragen würden. Auch weist er darauf hin, dass der Gewaltschutz Schwerpunktthema im Sozialausschuss der letzten Jahre gewesen sei. Gerade für die WfbM habe es bereits entsprechende Zielvereinbarungen seit 2016 gegeben.

Der aktuelle Sachstand zu Qualitätsprüfungen und Gewaltschutz in WfbM wird gemäß Vorlage Nr. 14/4127 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.4

Übergang von der WfbM in den Ruhestand: Unterstützungsbedarfe und Teilhabewünsche aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen Vorlage Nr. 14/4046

Frau **Servos** betont für den LBR-Pool bzw. die externen Beiratsmitglieder die Bedeutung der Zusammenarbeit der Werkstätten mit den Kommunen vor Ort, die schon für die Phase vor dem Eintritt in den Ruhestand konzeptionell gestaltet werden müsse. Die kommunale Verantwortung für den Sozialraum wird in weiteren Wortbeiträgen bekräftigt, fehlende Angebote bisher werden beklagt.

Frau **Middendorf** könne sich zur Starthilfe eine Projektförderung seitens der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW vorstellen. Dies sei nicht Aufgabe der Werkstätten.

Herr **Lewandrowski** appelliert an die Kommunen, in der örtlichen Pflegebedarfsplanung

dringend den Personenkreis der alternden Menschen mit Behinderung mitzudenken.

Die sich aus der Befragung älterer und ehemaliger Werkstattbeschäftigter ergebenden Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zum Thema "Übergang in den Ruhestand" werden gemäß Vorlage Nr. 14/4046 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.5

Bericht über den Sachstand zur Umsetzung der Teilhabe am Arbeitsleben / Andere Leistungsanbieter (§ 60 SGB IX) Vorlage Nr. 14/4195

Der **Vorsitzende** erklärt, dass der LVR die begrenzten gesetzlichen Möglichkeiten im BTHG für Alternativen zur Werkstatt auszuschöpfen habe. Die Nachfrage von Herrn **Kresse** zur Förderung der Inklusion durch das Dezernat Soziales insgesamt sei so allgemein hier kaum in angemessener Zeit zu beantworten

Der Bericht über den Sachstand zur Umsetzung der Teilhabe am Arbeitsleben / Andere Leistungsanbieter (§ 60 SGB IX) wird gemäß Vorlage Nr. 14/4195 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.6

Kooperation im "Teilhabehaus Bonn" unter Mitwirkung des LVR als Träger der Eingliederungshilfe Vorlage Nr. 14/4017

Keine Wortbeiträge.

Der Bericht zur "Kooperation im 'Teilhabehaus Bonn' unter Mitwirkung des LVR als Träger der Eingliederungshilfe" wird gemäß Vorlage Nr. 14/4017 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.7

Konzept zur Ausgestaltung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Pflegefamilien Vorlage Nr. 14/4018

Keine Wortbeiträge.

Das Konzept zur Ausgestaltung von Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Pflegefamilien wird gemäß Vorlage Nr. 14/4018 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.8

Fortführung der „Peer-Beratung bei den Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe)“ ab dem Jahr 2021 Vorlage Nr. 14/4183

Auf Nachfrage erläutert Herr **Lewandrowski**, dass gemeinsame Fortbildungen der KoKoBe mit den Trägern der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) nach dem BTHG wegen unterschiedlicher Zielsetzungen der Beratung nur schwer möglich seien. Aber man arbeite gerne und konstruktiv mit den EUTB zusammen. Hierzu sei auch

im Sozialausschuss schon berichtet worden.

Herr **Lindheimer** stellt klar, dass das Peer Counseling in der Psychiatrie wiederum eine andere Herausforderung sei.

Der **Vorsitzende** verweist abschliessend hinsichtlich der Vielfalt und Vielzahl von Beratungsangeboten im Rheinland an den politischen Auftrag zur "Integrierten Beratung" und den geplanten LVR-Beratungskompass.

Der Bericht über die Fortführung der "Peer-Beratung bei den KoKoBe" ab dem Jahr 2021 wird gemäß Vorlage-Nr. 14/4183 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.9

Neufassung der Satzung zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR Vorlage Nr. 14/4176

Keine Wortbeiträge.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Neufassung der Satzung zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 14/4176 beschlossen.

Punkt 3.10

Neufassung der Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR Vorlage Nr. 14/4305

Keine Wortbeiträge.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Neufassung der Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 14/4305 beschlossen.

Punkt 4

Schule und Inklusion

Punkt 4.1

Umsetzung der systemorientierten Unterstützung schulischer Inklusion (SUSI) Vorlage Nr. 14/4149

Der **Vorsitzende** führt in das Thema ein mit einem Anliegen an die Landesbehindertenbeauftragte, doch bittet die Ausgestaltung der Begleitung von Schüler*innen mit Unterstützungsbedarf in den Schulen vor Ort (sog. Inklusions- oder Integrationshelfer*innen), die nach dem AG BTHG noch bei den Kommunen verblieben ist und zu sehr unterschiedlichen Lösungen geführt habe, landespolitisch kritisch zu überprüfen. Vielleicht sei auch diese Aufgabe zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse besser bei den Landschaftsverbänden aufgehoben.

Frau **Prof. Dr. Faber** verweist in diesem Zusammenhang auch auf die laufende Evaluation zur Inanspruchnahme der Finanzmittel des Landes zur Förderung der

schulischen Inklusion.

Die Umsetzung des Konzeptes "Systemorientierte Unterstützung schulischer Inklusion" in zwei Modellregionen wird gemäß Vorlage Nr. 14/4149 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Bericht über die Verwendung der LVR-Inklusionspauschale Vorlage Nr. 14/4196

Frau **Schmitt-Promny** kritisiert, dass aus Sicht der Schulverwaltung die Förderung enden solle, obwohl es parteiübergreifend grundsätzlich einen breiten Konsens für eine Fortführung gäbe. Aus Haushaltsgründen wäre allenfalls ein Kürzungsvorschlag der Dezernentin nachvollziehbar gewesen.

Frau **Prof. Dr. Faber** weist die Kritik an die Schulverwaltung zurück. Die Vorlage sei eine Vorlage der Verwaltung insgesamt und aus haushalterischen Gründen wegen der Auswirkung der Pandemie auf die Kommunalhaushalte motiviert.

Frau **Lubek** bestätigt ausdrücklich, dass ausnahmslos jede Vorlage der Verwaltung von ihr als Hauptverwaltungsbeamtin des LVR oder von dem Ersten Landesrat als ihrem ständigen Vertreter freizugeben sei.

Der Antrag zu TOP 9.1 kommt im Anschluss bei Anwesenheit der Dezernentin zur Abstimmung.

Die Ausführungen zur LVR-Inklusionspauschale werden gemäß Vorlage Nr. 14/4196 zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

Beschluss einer Empfehlung zum Thema "Inklusionspädagogische Konzeption" Vorlage Nr. 14/4285

Der **Vorsitzende** begrüßt für den LVR-Dezernenten Herrn Bahr-Hedemann Frau **Dr. Lietz** vom Landesjugendamt, die Rückfragen zur Vorlage beantworten kann.

Frau **Schmitt-Promny** begrüßt den Beschluss der Empfehlungen im Landesjugendhilfeausschuss und hofft, dass sich auch die örtlichen Jugendhilfeausschüsse und Jugendämter diesen Empfehlungen anschließen.

Frau **Natus-Can** ergänzt hierzu, dass diese Empfehlungen des Landesjugendamtes so ausgestaltet wurden, dass sie vor Ort faktisch zu berücksichtigt seien. Ein "schärferes Schwert" stünde dem LVR rechtlich schlicht nicht zur Verfügung.

Der Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses "Die Empfehlung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe zur Erstellung einer pädagogischen Konzeption einer Kindertageseinrichtung wird gemäß Vorlage Nr.14/4285 beschlossen." wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Inklusion und Menschenrechte**

Punkt 6.1 **LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Beschluss Jahresbericht 2019 Vorlage Nr. 14/4086**

Frau **Lubek** verweist, dass der vorliegende Jahresbericht heute nach Beratung in allen Fachausschüssen zur finalen Abstimmung vorliege. Er sei Element des partizipativen Berichtswesens für die Umsetzung des LVR-Aktionsplans "Gemeinsam in Vielfalt" zur UN-Behindertenrechtskonvention und diene vornehmlich des LVR-internen Monitorings und der Steuerung. Unter Hinweis auf den aktuellen "Fortschrittsbericht Inklusion" des LWL, der mit externer redaktioneller und gestalterischer Unterstützung eine repräsentative Broschüre für die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes produziert, kündigt sie an, zum Beginn der neuen Wahlperiode ebenfalls eine solche Veröffentlichung anzugehen.

Das inhaltsschwere, federführend vom Focal Point unter Beteiligung der Dezernate und mit den strategischen Zielen des Verbandes in allen Geschäftsbereichen verbundene interne Berichtsformat (Vorlage) wird auf jeden Fall beibehalten. Der Bericht findet fraktionsübergreifend und im Beirat große Wertschätzung.

Der **Vorsitzende** betont abschließend die Bedeutung der kontinuierlichen Umsetzung der BRK im Querschnitt aller Aufgaben als Chefinsache im Bereich der LVR-Direktorin und dankt allen an der Erstellung Beteiligten.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** angenommen.

Dem Jahresbericht 2019 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention "Gemeinsam in Vielfalt" wird gemäß Vorlage Nr. 14/4086 zugestimmt.

Punkt 6.2 **Vielfalt und Gerechtigkeit: Weiterentwicklung der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit im LVR Vorlage Nr. 14/4314**

Frau **Lubek** führt in die Vorlage ein. Sie verweist auf den wichtigen politischen Impuls Ende 2019 gemäß Antrag Nr. 14/308, den sie über die Darstellung bisheriger Aktivitäten hinaus unter Bezug auf die allgemeinen Menschenrechte zur Verstärkung der Sichtbarkeit und Wirksamkeit der Werteorientierung des LVR zu nutzen gedenke.

Auf verschiedene Nachfragen hin erläutert sie, dass bisher nur für das interne Zentrale Beschwerdemanagement ein Berichtswesen entwickelt sei. Die Erfassung und angemessene Bearbeitung von kritischen Eingaben zum Beispiel hinsichtlich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zum Schutz von Beschäftigten vor Benachteiligung und Diskriminierung sei eine große Herausforderung, für die Konzepte zu entwickeln und ggf. auch organisatorisch nachzusteuern sei.

Im kommunalen Bereich gäbe es generell, wie in der Vorlagenbegründung ausgeführt, beachtliche Aktivitäten zum Thema Gewaltschutz und Antirassismus. Dies sei von großer

Bedeutung für die Demokratie und die politische Bildung. Der LVR werde sich in diesem Prozess angemessen einbringen. Er habe vor dem Hintergrund seiner Aufgaben besondere Verantwortung für Menschen mit Behinderungen und chronisch erkrankte Menschen. So sei das wichtige Thema Gewaltschutz für den Bereich der Eingliederungshilfe und der Psychiatrie nun auch deutlich auf der Agenda.

Die Darstellung und die damit verbundenen Ziele finden aus allen Fraktionen und dem Beirat ausdrückliche Zustimmung und Unterstützung.

Die Darstellung der Verwaltung, wie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes (AGG), des Landesgleichstellungsgesetzes NRW (LGG), der interkulturellen Öffnung (IKÖ) der Verwaltung und weitere fachliche Herausforderungen auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte mit dem Ziel einer noch stärkeren Profilierung und Positionierung der Werteorientierung des LVR (vgl. den Beschluss des Antrages 14/308) weiterentwickelt werden kann, wird gemäß Vorlage Nr. 14/4314 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.3

Kenntnisnahme der Ergebnisse der Studie "Medikamentenvergabe und Medikamentenerprobung an Kindern und Jugendlichen" Vorlage Nr. 14/4151

Herr **Dr. Weber** fasst die Ergebnisse kurz zusammen.

Die systematische Aufarbeitung auch der jüngeren Geschichte des LVR und die öffentliche Auseinandersetzung mit seiner Verantwortung wird von allen Seiten begrüßt und in ihrer Bedeutung auch für die Zukunft bekräftigt.

Es wird in mehreren Beiträgen angeregt, den Kontakt zu noch lebenden Betroffenen zu suchen. Sie sollten auch persönlich die Anerkennung erfahrenen Leids zugesprochen bekommen. Zudem böten Augenzeugenberichte die Gelegenheit der erweiterten Dokumentation im Sinne des Oral-History-Ansatzes der Forschung.

Frau **Lubek** lässt dem Protokoll Informationen zu weiteren Projekten in der Reihe "Der LVR stellt sich seiner Geschichte" zukommen (Anlage und Link: https://www.lvr.de/media/pressemodul/fb03_bilder_und_dateien_1/2018_8/Der_LVR_stellt_sich_seiner_Geschichte.pdf).

Der Sachstandsbericht zur Studie „Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1945–1975“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Tag der Begegnung 2021 - Veränderungen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Vorlage Nr. 14/4349

Frau **Schmitt-Promny** bittet darum, 2021 nach Möglichkeit nicht ausschließlich digitale Formate zu wählen, um auch "echte Begegnung" zu ermöglichen.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den "Tag der Begegnung" 2021 als Groß- und Präsenz-

Veranstaltung in das Jahr 2022 zu verschieben und im Jahr 2021 kreative Alternativangebote mit digitalem Schwerpunkt zu schaffen. Die erforderlichen Sach- und Personalressourcen sollen bereitgestellt werden.

Punkt 8

Inhaltliche Weiterentwicklung für das LVR-Landesmuseum Bonn

Hier: Durchführungsbeschluss

Vorlage Nr. 14/4174

Keine Wortbeiträge.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Die Verwaltung wird gemäß Vorlage 14/4174 mit der Durchführung der inhaltlichen Weiterentwicklung für das LVR-Landesmuseum Bonn beauftragt.

Punkt 9

Anfragen und Anträge

Punkt 9.1

Bericht über die Verwendung der LVR-Inklusionspauschale

Antrag Nr. 14/351 CDU, SPD

Abstimmung nach Beratung des TOP 4.2.

Votum Beirat: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Abstimmung Ausschuss: Der Beschlussvorschlag wird **einstimmig** empfohlen.

Der Beschluss erfolgte mit der Erweiterung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Inklusionspauschale für ein Jahr bis zum Ende des Schuljahres 2021/2022 zu verlängern und die notwendigen Mittel in Höhe von 450.000 Euro bereit zu stellen.

Im Verlängerungszeitraum soll die Verwaltung alle Förderinstrumente sichten und prüfen, wo es Überlappungen bzw. Förderlücken gibt mit der Maßgabe, vorhandene Förderlücken zu schließen.

Punkt 10

Bericht aus der Verwaltung

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Punkt 11

Beschlusskontrolle

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Punkt 12

Verschiedenes

Frau **Servos** bedankt sich stellvertretend für die externen Mitglieder des Beirates für die zurückliegende Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Politik und Verwaltung im LVR.

Der **Vorsitzende** dankt der Landesbehindertenbeauftragten für die regelmäßige Mitwirkung an den Beratungen im LVR und gibt ihr das Wort.

Frau **Middendorf** bedankt sich für die Gelegenheit zur Teilnahme an den politischen Diskussionen und erklärt, darüber zahlreiche Informationen und Impulse aus dem LVR für ihre Arbeit erhalten zu haben. Im Kontext der Corona-Krise spricht sie die Triage-Problematik an, zu der sie sich nach einem Hinweis von Herrn Woltmann schon im März 2020 positioniert und viel Zuspruch dafür erhalten habe. Ausdrücklich benennt sie auch das heute schon angesprochene Thema Schulbegleitung. Sie werde es weiter mit in die Diskussionen auf Landesebene um die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe nehmen. Corona-Hilfen für Inklusionsbetriebe seien ein schwerer Kampf auch mit dem Wirtschaftsministerium gewesen und sie sei froh, dass letztlich auch dort Unterstützung möglich wurde. Die Barrierefreiheit im Gesundheitswesen bliebe ihr ein wichtiges Anliegen. In der Krankenhausplanung möchte sie für die Psychiatrie die Genesungsbegleitung als Qualitätsmerkmal zum Standard machen und etablieren. Den neuen Gesetzesentwurf zur Landesbauordnung sähe sie hinsichtlich des barrierefreien Wohnungsbaus sehr kritisch und würde sich mit einer klaren Gegenposition in die politische Diskussion einbringen. Für die endlich im Frühjahr 2021 erscheinende bundesweite Notruf-App für Menschen mit Hörschädigungen habe sie in NRW alle Beteiligten einbeziehen können. Bei Hinweisen auf nicht-barrierefreie Webseiten der Landesregierung stehe in ihrem Büro eine Ombudsstelle zur Verfügung. Für das überarbeitete NRW-Signet "Barrierefreiheit", das die landesgeförderte "Agentur barrierefrei" begleite und berate und das die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur im ganzen Land fördern solle, habe sie die Schirmherrschaft übernommen. Sie werbe ausdrücklich dafür und schließt mit einem Dank an Frau Lubek, mit der sie noch im Oktober zu einem Gedankenaustausch verabredet sei.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung mit einem großen Dank an alle Mitglieder von Ausschuss und Beirat für die intensive und konstruktive Zusammenarbeit in der zurückliegenden Wahlperiode. Die oft sehr langen Tagesordnungen und teils sehr ausführlichen Diskussion entsprächen eben dem Querschnittsansatz des Ausschusses, der in der neuen Wahlperiode zu verstetigen und ggf. hinsichtlich der Einbeziehung der Fachausschüsse zu verstärken sei. Er danke schließlich der Verwaltungsleitung, die die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR konsequenterweise zur Chefsache gemacht habe.

Duisburg, den 31.10.2020

Der Vorsitzende

W ö r m a n n

Köln, den 27.10.2020

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k



**Der LVR stellt sich
seiner Geschichte**

**Darstellung der
Aktivitäten**

DER LVR STELLT SICH SEINER GESCHICHTE

1953 verabschiedete der Landtag NRW die Landschaftsverbandsordnung und gründete damit den Landschaftsverband Rheinland (LVR), der dann im Wesentlichen die Aufgabengebiete des Rheinischen Provinzialverbandes übernahm. Seine historischen Wurzeln hat der Kommunalverband daher in den Provinzialständen und in der Provinzialverwaltung des 19. Jahrhunderts. Aufgrund dieser historischen Verantwortung sieht der LVR sich in einer besonderen Verpflichtung, seine Geschichte und insbesondere die des Rheinischen Provinzialverbandes angemessen aufzuarbeiten. Dies vollzieht der LVR seit vielen Jahren sehr offen und intensiv. Ausgewählte Aktivitäten – betreffend den Zeitraum von 1933 bis zur Gegenwart – sind in dieser Broschüre zusammengestellt.

- 1983** Die Landschaftsversammlung Rheinland beauftragt die Verwaltung „Material über das Verhalten der Landeskliniken zur NS-Zeit zu Dokumentationszwecken zusammenzustellen“.
- 1985** LVR-Klinik Langenfeld eröffnet eine Ausstellung zur Aufarbeitung der eigenen, lokalen NS-Vergangenheit mit dem Titel „Provinzial-, Heil-, und Pflegeanstalt Galkhausen 1933–1945“.
- 1987** In der LVR-Klinik Mönchengladbach findet eine Tagung des „Arbeitskreises zur Erforschung der Geschichte der Euthanasie“ statt.
- 1987** Beschluss zur Gründung eines „Psychiatriegeschichtlichen Dokumentationszentrums“ (PDZ) für NS-Medizin im Rheinland in der LVR-Klinik Düren.
- 1987** Veröffentlichung der Studie von Matthias Leipert u.a.: „Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933–1945“ (Köln 1987).
- 1989** Die LVR-Klinik Mönchengladbach organisiert ein Symposium in Gedenken an den „50. Jahrestag der Hitler’schen Euthanasieermächtigung“.
- 1989** Veranstaltung in der LVR-Klinik Düren zum Gedenken an alle ermordeten Patientinnen und Patienten mit dem Titel „Alltag in der Dürener Anstalt während des Zweiten Weltkrieges“.
- 1989** LVR-Klinik Bonn veröffentlicht ein Buch auf Grundlage von Untersuchungsergebnissen zur Bonner Kinderpsychiatriegeschichte mit dem Titel „Die Transportkinder aus Bonn“.
- 1989** Mitarbeitergruppe der LVR-Klinik Viersen publiziert eine Broschüre mit dem Titel „Euthanasiegeschehen in der heutigen LVR-Klinik Viersen“.
- 1990** LVR-Klinik Düren veröffentlicht den Dokumentarfilm „Transport in den Tod“.
- 1991** Projekt „Psychiatriegeschichtliche Dokumentation“ wird ins Leben gerufen, das unter anderem das Thema „Euthanasie“ im Kontext der Rheinischen Provinzialverwaltung aufarbeiten soll.
- 1991** Veröffentlichung der Studie von Ralf Seidel/Wolfgang F. Werner: „Psychiatrie im Abgrund. Spurensuche und Standortbestimmung nach den NS-Psychiatrie-Verbrechen“ (Köln 1991).
- 1993** Auf dem Gelände der LVR-Klinik Düren entsteht das „Psychiatriegeschichtliche Dokumentationszentrum“ (PDZ) mit dem Ziel, ein öffentliches Forum für die rheinische Psychiatriegeschichte zu schaffen.
- 1993** Das LVR-HPH-Netz Niederrhein und die LVR-Klinik Bedburg-Hau zeigen eine gemeinsame Ausstellung mit dem Titel „Euthanasie in Hadamar“.
- 1995** Veröffentlichung der Studie Folgen der Ausgrenzung. Studien zur Geschichte der NS-Psychiatrie in der Rheinprovinz (Köln 1995).
- 1997** Eröffnung des Psychiatrie-Museums der LVR-Klinik Bedburg-Hau.
- 1999** Abwicklung des Projekts des „Psychiatriegeschichtlichen Dokumentationszentrums“ (PDZ) auf dem Gelände der LVR-Klinik Düren. Archivbestände wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- 2002** Veröffentlichung der Studie von Ludwig Hermeler: „Die Euthanasie und die späte Unschuld der Psychiater. Massenmord, Bedburg-Hau und das Geheimnis rheinischer Widerstandslegenden“ (Essen 2002).
- 2006** Projektstart „Aufarbeitung der Zwangsarbeit während der NS-Zeit“. Ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine kommen auf Einladung des LVR nach Deutschland. Ein Jahr später besuchen Mitarbeiterinnen des LVR die Zwangsarbeiterinnen in der Ukraine. Das Schicksal von zehn Ukrainerinnen wird als Ausstellung „Riss durchs Leben“ aufgearbeitet, die 2007 im Landeshaus eröffnet wird.

- 2006** Veröffentlichung der Studie von Hermann Daners/Josef Wißkirchen: „Was in Brauweiler geschah. Die NS-Zeit und ihre Folgen in der Rheinischen Provinzial-Arbeitsanstalt“. (Pulheim 2006).
- 2008** Am 9. November, dem 70. Jahrestag der Pogromnacht, eröffnet der LVR auf dem Gelände des LVR-Kulturzentrums Brauweiler eine Dauerausstellung, die die Geschehnisse der Jahre 1933 bis 1945 in der ehemaligen Arbeitsanstalt Brauweiler dokumentiert.
- 2009** Eröffnung LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen.*
- 2009** Landschaftsversammlung beschließt „Die Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR bis in die heutige Zeit“ umfangreich aufzuarbeiten und zu dokumentieren.
- 2010** Veröffentlichung der Studie von Andreas Kinast: „Das Kind ist nicht abrichtfähig“. „Euthanasie“ in der Kinderfachabteilung Waldniel 1941–1943 (Köln 2010, 2. Aufl. 2011, 3. Aufl. 2014).
- 2010** LVR-Projekt „Widerstand im Rheinland 1933–1945“ im Portal Rheinische Geschichte.*
- 2011** Veröffentlichung der sogenannten Heimkinder-Studie „Verspätete Modernisierung: Öffentliche Erziehung im Rheinland – Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945–1972). (Andreas Henkelmann, Uwe Kaminsky, Judith Pierlings, Thomas Swiderek, Sarah Banach, Essen 2011).
- 2011** Erforschung von „Widerstand und Opposition im Rheinland 1933–1945“ mit bislang mehr als 2.000 Widerstands- und Oppositionsfälle online und mehr als 30.000 ausgewerteten Akten.*
- 2011** Tagung mit der Universität Bonn zu Opposition und „Widerstand im Rheinland 1933–1945“.*
- 2011** Durchführung von 300 Zeitzeugengesprächen mit Oppositionellen aus der NS-Zeit oder ihren Angehörigen.*
- 2011** Vor dem LVR-Landeshaus in Köln-Deutz wird das Denkmal der „Grauen Busse“ errichtet. Damit erinnert der LVR an den Massenmord von fast 10.000 Psychatriepatienten und -patientinnen aus dem Rheinland während des Nationalsozialismus.
- 2012** Der LVR beauftragt unabhängige Historiker in Zusammenarbeit mit dem NS-Dokumentationszentrum ein Forschungsprojekt zur Geschichte des LVR unter Berücksichtigung der Biographie des Ersten Landesdirektors Dr. Udo Klaus (1954–1975 im Amt) durchzuführen.
- 2012** Ausstellungseröffnung im LVR-Industriemuseum Ratingen mit dem Titel „Glanz und Grauen“ – Wie wurde Kleidung zum Mittel der Integration in die sogenannte nationalsozialistische Volksgemeinschaft.*
- 2012** Das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege beleuchtet in einer Konferenz auf Vogelsang die „Archäologie in der Rheinprovinz in der Zeit von 1920 bis 1945“. Thematisiert wird die Mitläuferschaft einiger Archäologen und die Vorprägung von Geisteshaltungen.
- 2012** Der LVR zeigt in Kooperation mit dem Kunstmuseum Mülheim und dem International Culture-Center Krakau die Ausstellung „Jagd auf die Moderne – Verbotene Künste im Dritten Reich“. Gezeigt werden gesammelte Exponate von Künstlerinnen und Künstlern, die zwischen 1933 und 1945 verfolgt und deren Werke als „entartete Kunst“ diffamiert wurden.*
- 2012** Veröffentlichung der Studie von Ulrike Holdt: „Ungeeignete Kräfte mussten verschwinden“. Verfolgung und Widerstand im Provinzialverband der Rheinprovinz in der Zeit des Nationalsozialismus (Essen 2012).
- 2013** Veröffentlichung der Studie von Hermann Daners/Josef Wißkirchen: „Die Arbeitsanstalt Brauweiler bei Köln in nationalsozialistischer Zeit“ (Essen 2013).
- 2013** Kooperation mit dem „Gestapoprojekt“ der Universität Trier.
- 2014** LVR prüft in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Waldniel (Kreis Viersen) die Errichtung eines Gedenkortes in Erinnerung an die Opfer der Kindereuthanasie auf dem Gelände der ehemaligen Heilanstalt Waldniel-Hostert (Provinzial-, Heil- und Pflegeanstalt Johannistal-Süchteln).

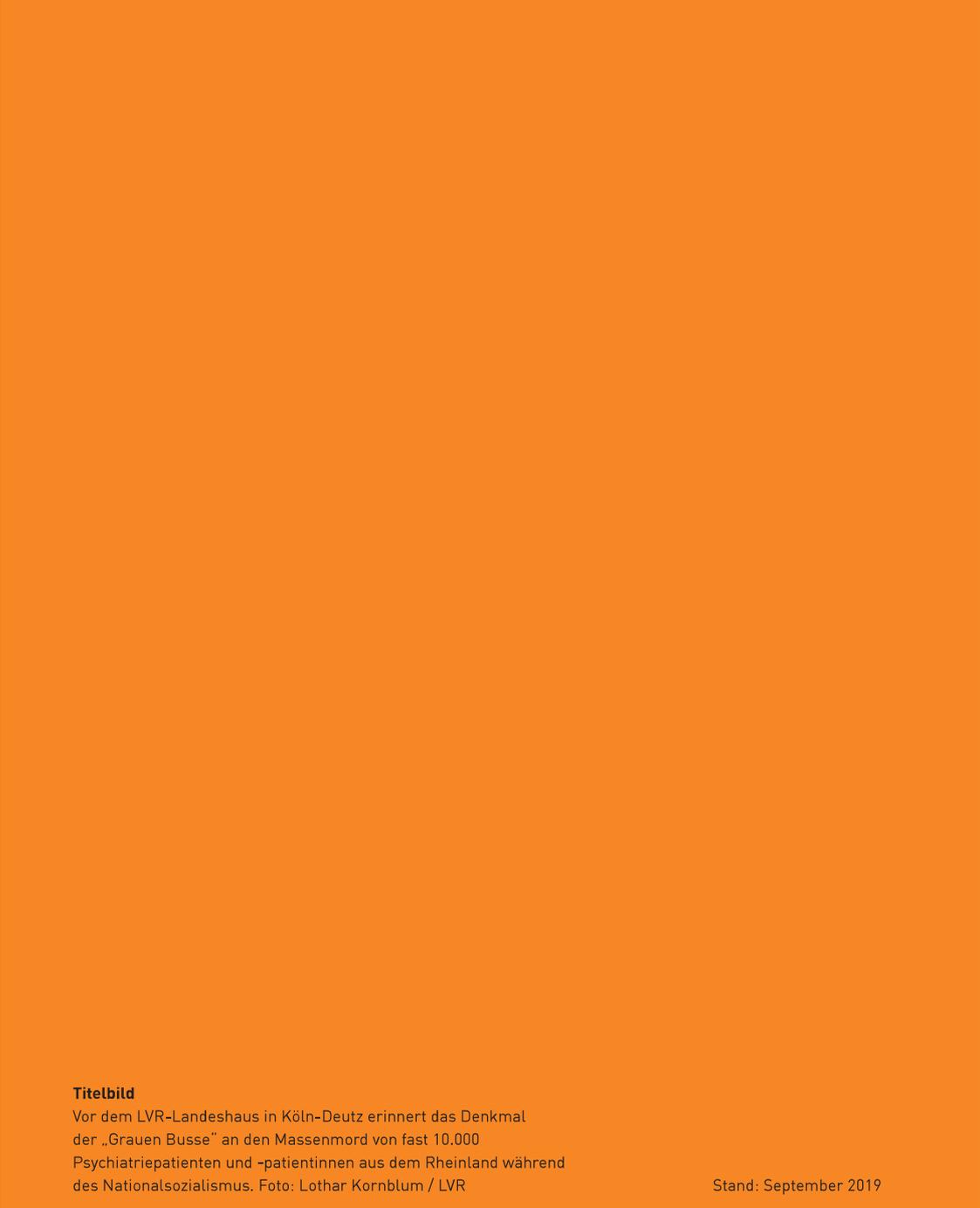
- 2014** Veröffentlichung des Medienpakets Band 1 zur Geschichte der „NS-Euthanasie“ im Rheinland für Schüler*innen: Bettina Bouresh, Frank Sparing (Red.), Transport in den Tod. NS-Euthanasie im Rheinland. Köln 2014.
- 2015** Präsentation der Wanderausstellung der DGPPN „erfasst, verfolgt, vernichtet (...)“ beim LVR: Eine Ausstellung zur Geschichte von Ausgrenzung, Zwangssterilisationen und Massenmord sowie der Beschäftigung mit Opfern, Tätern, Tatbeteiligten und Opponenten und der Auseinandersetzung mit dem Geschehen von 1945 bis heute. Die Ausstellung behandelt ausführlich unter anderem auch die Vergangenheit der heutigen LVR-Kliniken.
- 2015** Eröffnung des Psychiatriemuseum „Ver-rückte Zeiten“ auf dem Gelände der LVR-Klinik Bonn.
- 2015** Veröffentlichung der Studie von Mary Fulbrook: „Eine kleine Stadt bei Auschwitz. Gewöhnliche Nazis und der Holocaust“ (Essen 2015).
- 2015** Veröffentlichung des Medienpakets Band 2 zur Geschichte der „NS-Euthanasie“ im Rheinland für Schüler*innen: Bettina Bouresh, Frank Sparing (Red.), „Kinder müssen schlafen nachts“. NS-„Kinder-Euthanasie“ und die „Kinderfachabteilung“ Waldniel 1941–1943. Köln 2015.
- 2016** Im Rahmen der Vortragsreihe „Mittwochs im Archiv“ (in Pulheim-Brauweiler) Vortrag von Frank Sparing über die rheinischen Psychiatriepatientinnen und -patienten in der Zeit des Nationalsozialismus.
- 2016** Publikation des Tagungsbandes „Herr Hitler, ihre Zeit ist um.“ „Widerstand an der Saar 1935–1945.“*
- 2016** Projekt „Das Bistum Aachen im Nationalsozialismus.“*
- 2016** Veröffentlichung der Studie von Uwe Kaminsky/Thomas Roth: „Verwaltungsdienst, Gesellschaftspolitik und Vergangenheitsbewältigung nach 1945. Udo Klausa, Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland“ (1954–1975). Berlin 2016.
- 2017** Veröffentlichung des Medienpakets Band 3 zur Geschichte der „NS-Euthanasie“ im Rheinland für Schüler*innen: Bettina Bouresh, Frank Sparing (Red.), „Diagnose: Jude – Jüdische Psychiatriepatienten zwischen NS-Euthanasie und Holocaust“. Köln 2017
- 2018** Veröffentlichung der Studie von Silke Fehlemann und Frank Sparing: „Gestörte Kindheiten, Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen in psychiatrischen Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland (1945–1975)“
- 2018** Eröffnung der neugestalteten Gedenkstätte Waldniel-Hostert
- 2018** Veröffentlichung der dreibändigen Studie „Anstaltswelten. Psychiatrische Krankenhäuser und Gehörlosenschulen des Landschaftsverbandes Rheinland nach 1945“ (Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland Bd. 27). Band I: „Zwischen Verwahrung und Therapie“: Geschichte der psychiatrischen Krankenhäuser des LVR bis etwa 1970 (Frank Sparing). Band II: „Psychiatrischer Alltag“: Geschichte der psychiatrischen Krankenhäuser des LVR von den 1970ern bis Anfang der 1990er Jahre (Karina Korecky; Andrea zur Nieden). Band III: „Gehörlosigkeit als ‚Behinderung‘“: Geschichte der „Gehörlosenschulen“ des LVR nach 1945 (Anke Hoffstadt).
- 2018** Veröffentlichung des Buches „Verlorene Freiheit. Nationalsozialistische Schutzhaft 1933/34 im heutigen Rhein-Erft-Kreis“ (Rheinprovinz. Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland Bd. 28)
- 2019** Veröffentlichung des Medienpakets Band 4 zur Geschichte der „NS-Euthanasie“ im Rheinland für Schüler*innen: Bettina Bouresh, Frank Sparing (Red.), „Mein Gewissen ist rein...“ Der Umgang mit Tätern der NS-Euthanasie im Rheinland. Köln 2019
- 2019** Veröffentlichung einer Studie unter dem Arbeitstitel „Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen 1945–1975“ (in Vorbereitung)

Zentrale Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)

- | | | | |
|-------------|--|-------------|--|
| 1999 | „Transport in den Tod“ (Film der LVR-Klinik Düren) | 2014 | Aufführung der Theatergruppe „MiniArt“ – Ännes letzte Reise“
Ein Theaterstück zum Thema Euthanasie im Nationalsozialismus |
| 2000 | „Hungersterben in der Psychiatrie“, Vortrag von Dr. Faulstich | 2015 | Vortrag der Stellvertretenden Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, Dr. Karola Fings zu „Todesfabrik Auschwitz – Der historische Ort und seine Gegenwart“ |
| 2001 | Zwangsarbeit in der NS-Zeit | 2016 | Vortrag von Andreas Kinast, Vortrag über „Das Kind ist nicht abrichtfähig“. Kindermord in Waldniel und die Legende vom Rheinischen Widerstand |
| 2002 | „Frauenwiderstand und -verfolgung im Rheinland“ sowie
„Frauen im Dürener Maßregelvollzug während der NS-Zeit“ | 2017 | Vortrag von Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig mit dem Titel: „Gemeinsame Vergangenheit – aber? Umgang mit Erinnerungsorten“ |
| 2003 | „Rosen für Lidice“ | 2018 | Vortrag von Frau Irene Franken und Herrn Marcus Velke mit dem Titel
„Schwere Zeiten für lila Liebe. Lesben und Schwule im Rheinland im Nationalsozialismus“ |
| 2004 | Lesung von Dr. Ludwig Hermeler: „Die Euthanasie und die späte Unschuld der Psychiater“ Massenmord, Bedburg Hau und das Geheimnis rheinischer Widerstandslegenden | 2019 | Vortrag des Lern- und Gedenkortes Jawne e.V. über dessen Forschungs- und Ausstellungsprojekt mit dem Titel „80 Jahre Kindertransporte aus dem Rheinland nach Belgien“ |
| 2005 | Film: „Mariannes Heimkehr – Die Jüdin, der Beamte und das Dorf“ | | |
| 2006 | Vortrag von Stefan Kraus, MA, Oberhausen „Das NS-Lagersystem im Rheinland – Der Versuch eines Überblicks“ | | |
| 2007 | Film „Die vergessenen Kinder von Köln“ (WDR) von Jürgen Naumann | | |
| 2008 | Vortrag von Dr. Ralf Seidel: „Endlösungen“ – Die Euthanasieaktionen und der Holocaust. Über Psychiatrie, Sprache und Politik | | |
| 2009 | „Sant’Anna di Stazzema – Jugend gestaltet Zukunft“
(Film, Vortrag, Diskussion) | | |
| 2010 | Vortrag von Prof. Dr. Harald Welzer: „Täter – Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden“ | | |
| 2011 | „Verfolgung und Widerstand im Provinzialverband der Rheinprovinz in der NS-Zeit“, Vortrag von Ulrike Holdt M.A | | |
| 2012 | Das Denkmal der Grauen Busse, Vortrag der Künstler des Denkmals | | |
| 2013 | Aufarbeitung der Ära Dr. Klaus, Vortrag von Dr. Uwe Kaminsky | | |

Neben der zentralen Gedenk-Veranstaltung am Standort der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz richten die LVR-Kliniken vor Ort ebenfalls Gedenkveranstaltungen aus. Diese Auflistung berücksichtigt nicht die zahlreichen Vorträge, Workshops, Kolloquien, Tagungen etc. zum Thema.

*Hierbei handelt es sich um Aktivitäten, die sich nicht im engeren Sinne mit der eigenen LVR-Geschichte auseinandersetzen.



Titelbild

Vor dem LVR-Landeshaus in Köln-Deutz erinnert das Denkmal der „Grauen Busse“ an den Massenmord von fast 10.000 Psychatriepatienten und -patientinnen aus dem Rheinland während des Nationalsozialismus. Foto: Lothar Kornblum / LVR

Stand: September 2019

Landschaftsverband Rheinland

50663 Köln, Tel 0221 809-0

www.lvr.de